

Antrag

der Abgeordneten Dr. Tobias Lindner, Oliver Krischer, Ute Koczy, Kerstin Andreae, Dr. Frithjof Schmidt, Dorothea Steiner, Nicole Maisch, Dr. Hermann E. Ott, Beate Walter-Rosenheimer, Susanne Kieckbusch, Viola von Cramon-Taubadel, Dr. Valerie Wilms, Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Harald Ebner, Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Maria Klein-Schmeink, Stephan Kühn, Omid Nouripour, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Gerhard Schick, Hans-Christian Ströbele, Markus Tressel, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachhaltige und gerechte Rohstoffpolitik – Innovationsstrategie für die Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Versorgung mit Rohstoffen zählt zu den strategisch bedeutendsten Themen für die deutsche Wirtschaft. Die deutsche Industrie ist bei fast allen metallischen Rohstoffen von Importen abhängig. Kein Auto, keine LED und keine Solarzelle kommt ohne Schlüsselrohstoffe wie Kobalt, Platin oder Seltene Erden aus. Die Transformation zu einer grünen, also klimaneutralen und ressourceneffizienten Ökonomie, ist ohne die strategisch wichtigen High-Tech-Metalle undenkbar. Wenn nicht durch gezielte Effizienzsteigerungen bzw. Einsparungsmaßnahmen gegengesteuert wird, wird durch die rasche Entwicklung im Bereich von High Tech und grünen Industrien die Nachfrage nach strategischen Rohstoffen wie Seltenen Erden in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen. Eine kluge und nachhaltige Rohstoffpolitik muss sicherstellen, dass wichtige Innovationen, z. B. im Bereich Umwelttechnologien, nicht durch mangelnde Rohstoffverfügbarkeit behindert werden.

Gleichzeitig sind die Folgen des Rohstoffabbaus und des Rohstoffhandels für rohstoffreiche Länder häufig negativ. Die Gewinnung und Weiterverarbeitung der Rohstoffe geht in den Ländern des globalen Südens oft mit schweren sozialen Verwerfungen, Korruption, Menschenrechtsverletzungen, Eingriffen in Natur und Landschaft, Flächenverschleiß, Material- und Energieverbrauch sowie Schadstoffbelastungen in Boden, Wasser und Luft einher. Die Auswirkungen von zerstörten Lebensräumen, sozialen Verteilungskonflikten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen stellen große Risiken sowohl für die Entwicklung der rohstoffreichen Länder als auch für eine langfristige und nachhaltige Ressourcensicherung der rohstoffbeziehenden Länder dar. Darüber hinaus verursacht eine extensive Ressourcenextraktion nicht nur regionale ökologische Schäden, sondern hat durch die Belastungen der Senken im globalen Umwelt- raum (Erdatmosphäre, Meere etc.) negative Folgen auf globaler Ebene.

Diese Ausgangslage stellt die Gesellschaft vor eine große Herausforderung, der die Rohstoffpolitik der Bundesregierung nicht gerecht wird. So setzt die im

Oktober 2010 von der Bundesregierung vorgelegte Rohstoffstrategie einseitig auf den Zugang zu und die Sicherung von Rohstoffen. Der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnissen steht aktuell im Mittelpunkt der gegenwärtigen Rohstoffpolitik.

Im Gegensatz dazu setzt eine grüne Rohstoffstrategie auf Effizienz, Recycling, Substitution und Einsparung. Eine solch umfassende Innovationsstrategie ist erforderlich für eine dauerhafte Sicherung der Rohstoffversorgung, für eine nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und für eine belastbare Kooperation mit den rohstoffreichen Partnerländern. Die grüne Rohstoffstrategie stellt den Zugang zu und den Umgang mit Rohstoffen auf eine gerechte und nachhaltige Grundlage. Im Mittelpunkt stehen eine faire Verteilung von Ressourcen und Entwicklungschancen für rohstoffreiche Entwicklungsländer. Zudem geht es um die Entkopplung des Rohstoffverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum unserer Gesellschaft. Dazu hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in ihrem jüngst vorgelegten Abschlussbericht (Bundestagsdrucksache 17/13300) fraktionsübergreifend festgestellt, dass eine absolute Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs erforderlich ist. Solange Wachstum mit einem stetig steigenden Ressourcenverbrauch einhergeht, ist es nicht nachhaltig. Es bedroht die Ökosysteme der Erde und führt zu sozialen Verwerfungen. Eine nachhaltige Wirtschaft kann es nur mit einer echten Reduktion des Ressourcenverbrauchs und mit einer konsequenten Minderung der Umweltauswirkungen der Rohstoffwirtschaft geben.

Reine Beschaffungsstrategie und nationale Alleingänge der Bundesregierung greifen zu kurz

Zentrales Element der Rohstoffpolitik der Bundesregierung sind die Rohstoffpartnerschaften, die mit Kasachstan, der Mongolei und Chile bereits besiegelt wurden. Das Beispiel Kasachstan verdeutlicht, dass die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Rohstoffstrategie Menschenrechte der Rohstoffsicherung unterordnet. Weder die brutale Niederschlagung des Streiks von Ölarbeiterinnen und Ölarbeitern im Dezember 2011 in Shanaosen, bei dem nach offiziellen Angaben 16 Menschen ums Leben kamen, noch die gelenkten Parlamentswahlen vom Januar 2012 und die andauernden Verhaftungen von Oppositionellen und Journalistinnen und Journalisten hielten die Bundesregierung davon ab, Kasachstan im Februar 2012 durch Unterzeichnung der Rohstoffpartnerschaft als privilegierten Rohstoffpartner aufzuwerten.

Die Zivilgesellschaft ist in die Rohstoffpartnerschaften nicht eingebunden, und es ist seitens der Bundesregierung nicht vorgesehen, der Zivilgesellschaft in den Governance-Strukturen der Rohstoffpartnerschaften eine Beteiligung zu ermöglichen.

Zudem sind die deutschen Rohstoffpartnerschaften nicht in ein europäisches oder internationales Konzept eingebunden. Statt eines immer härteren Wettkampfs der Nationen bedarf es der internationalen Kooperation und des Aufbaus einer multilateralen Rohstoffgovernance. Denn ohne eine stärkere Institutionalisierung der globalen Rohstoffpolitik und ohne verbindliche ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards gehen der Rohstoffabbau und -handel weiter auf Kosten der Menschen in rohstoffreichen Entwicklungsländern.

Vor diesem Hintergrund ist der Zusammenschluss der deutschen Wirtschaft in einer Rohstoffallianz, die allein den Zugang zu Rohstoffen sichern soll, z. B. durch Beteiligung an der Erschließung von Rohstoffen und durch Bündelung der Nachfrage, kritisch zu bewerten. Mit einer solchen Allianz befeuert die deutsche Wirtschaft den Wettlauf um Rohstoffe. Der Rohstoffallianz fehlt ein klares Bekenntnis zur Einhaltung von Menschenrechts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards bei ihrer Beteiligungen an Minen und Produktionsstätten in

Schwellen- und Entwicklungsländern und transparente Verfahren. Dazu zählt bspw. Transparenz bezüglich der Bedingungen, unter denen sich die Allianz auf Engagements in einem Land einlässt. Schwerpunktthema der Rohstoffallianz sollte vielmehr die Rohstoffeffizienz sein und als vordringlichste Aufgabe der deutschen Wirtschaft angegangen werden. Um sich nicht allein auf Import-sicherung zu beschränken, sollten deutsche Unternehmen zusätzlich mit Unterstützung der Bundesregierung eine optimierte, innovative und effizientere Verarbeitung von Rohstoffen in der Bundesrepublik Deutschland und Europa voranbringen.

Die grüne Rohstoffstrategie steht für eine nachhaltige Nutzung der Rohstoffe und die Steigerung der Wertschöpfung vor Ort. Dies muss in erster Linie mit einem Transfer von Wissen, Know-how und Technologie verbunden sein. Entscheidend ist, dass Rohstoffpolitik auf Augenhöhe mit den Förderländern stattfindet, sich an verbindlichen menschenrechtlichen, ökologischen und sozialen Standards orientiert, die Zivilgesellschaft vor Ort einbindet sowie in einem gemeinsamen europäischen Rahmen gestaltet wird. Darüber hinaus ist klar: Im Rohstoffsektor sind verpflichtende Maßnahmen dringend erforderlich.

Beim internationalen Kampf gegen die Auswirkungen der Ausbeutung von sogenannten Konfliktrohstoffen ist der Auf- und Ausbau internationaler Zertifizierungsverfahren ein Instrument, zu dem bereits erste, auch durch die Bundesregierung unterstützte Maßnahmen, etwa im Rahmen der internationalen Kooperation der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, laufen. Diese gilt es ebenso wie die Auswirkungen der entsprechenden Regelung im US-amerikanischen Dodd-Frank-Act (Sektion 1502) auf ihre Wirkungen hin zu evaluieren, um negative Konsequenzen für Kleinschürferinnen und Kleinschürfer zu minimieren. Zertifizierung im Rohstoffsektor kann nur dann ein erfolgreiches Steuerungsinstrument sein, wenn die komplexen Zusammenhänge berücksichtigt und mit angegangen werden. Darüber hinaus ist die umfassende Einbindung der lokalen Zivilgesellschaft grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Zertifizierung. Wenn ein einheitliches und übergreifendes Zertifizierungssystem geschaffen werden soll, dann müssen dafür auch die großen Abnehmer, also die Technologiekonzerne, für eine Beteiligung gewonnen werden. Die engagierte Unterstützung der Bundesregierung und auch der deutschen Wirtschaft würde den Aufbau von Zertifizierungsketten beschleunigen. Erfolgsversprechende Ansätze müssen weiterverfolgt und verbessert werden. Klar ist: Um Zertifizierung zu einem erfolgreichen Steuerungsinstrument werden zu lassen, ist ein umfassendes und komplexes Regularium notwendig.

Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung für den Aufbau von Recycling-Partnerschaften einsetzen. Auch in Schwellen- und Entwicklungsländern fällt immer mehr Elektroschrott an. Darüber hinaus wird großer Teil des in Europa anfallenden Elektroschrotts – häufig illegal – in Entwicklungsländer verschifft. Bei der bisherigen Form des Recyclings in diesen Ländern sind die Auswirkungen für Umwelt und Menschen oftmals verheerend. Außerdem gehen viele wertvolle Stoffe verloren. Hier könnten vor Ort mit deutscher Unterstützung Recyclingkapazitäten auf- und ausgebaut werden, die es erlauben, aus Elektrogeräten Metalle auszubauen und zur Wiederverwertung anzubieten.

Entwicklungsländern mit großen Rohstoffvorkommen gelingt es selten, ihren Rohstoffreichtum zu nutzen und ihn in nachhaltige und breite Entwicklungsprozesse umzuwandeln. Intransparenz und Korruption im Rohstoffsektor tragen zu dieser Situation entscheidend bei. Darum braucht eine gerechte und nachhaltige Rohstoffpolitik verbindliche globale und nationale Regulierungsansätze. Freiwillige Initiativen, auf die die Bundesregierung setzt, reichen nicht aus.

Im Hinblick auf verpflichtende Transparenzregeln im Rohstoffsektor wurde im April 2013 mit der Einigung von EU-Rat, Europäischem Parlament und EU-Kommission ein Durchbruch erzielt. Obwohl die Bundesregierung in Brüssel

massiv Widerstand geleistet hat, um substanzielle Regeln auf EU-Ebene zu verhindern. Mit der EU-Transparenzregel werden Rohstoff- und Forstunternehmen ihre Zahlungen (für Förderkonzessionen, Lizenzen, Steuern etc.) an die Regierungen rohstoffreicher Länder auf Projektbasis offenlegen müssen. Solche Transparenzregeln sind ein entscheidender Schritt im Kampf gegen undurchsichtige Geschäfte und Korruption im Rohstoffsektor.

Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene auch dem Thema der Rohstoffspekulation widmen. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen zur Reform der europäischen Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) sollte die Bundesregierung dafür sorgen, dass exzessive Spekulation auf Rohstoffe vermieden wird, ohne die wichtigen Absicherungsgeschäfte der Realwirtschaft zu beeinträchtigen. In diesen Rahmen sollte die Bundesregierung sich auf die Ansätze des US-amerikanischen Dodd-Frank-Act stützen und sich für eine Definition von „bona fide hedging“ sowie „exzessiver Spekulation“ in der Finanzmarktrichtlinie (MiFID) stark machen, ebenso wie die ILO-Konventionen (Internationale Arbeitsorganisation) und bezüglich der Umwelt die Aarhus-Konventionen.

Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung ist ineffektiv

Am 8. März 2013 wurde vom Deutschen Bundestag das Ressourceneffizienzprogramm ProgRess beschlossen. ProgRess muss jedoch wesentlich konkretere Impulse für die weitere praktische Entwicklung des Themas enthalten. Anstatt konkrete Maßnahmen und verbindliche Ziele vorzuschlagen, wie der Ressourcenverbrauch effektiv und absolut gesenkt werden kann, bleibt es zu häufig bei Ankündigungen und Prüfaufträgen. So werden zwar häufig die richtigen Probleme benannt und analysiert, doch es gibt keine Festlegung von verbindlichen Maßnahmen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Weiter ist zu kritisieren, dass sich ProgRess auf Metalle und Mineralien beschränkt. Wichtige Fragestellungen im Zusammenhang mit anderen Ressourcen wie zum Beispiel Wasser, Boden, Fläche, Luft, biotische Rohstoffe und Biodiversität/Ökosystemdienstleistungen werden dagegen ausgeblendet. Der o. g. Notwendigkeit von absoluten Senkungen von Ressourcenverbräuchen begegnet das Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung mit falschen Kennzahlen für Verbrauchsmessungen. Es werden nur Effizienzsteigerungen pro Produkteinheit in den Blick genommen. Wenn die Produktion aber zunimmt, kann der absolute Ressourcenverbrauch sogar auch zunehmen. Auch die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über so genannte Rebound-Effekte (Rückschlageffekte), die oftmals Effizienzstrategien konterkarieren, bleiben in ProgRess unberücksichtigt. Um den tatsächlichen Verbrauch von Ressourcen und die tatsächliche Einsparung zu messen, braucht es also auch absolute Kennzahlen, ergänzend zu den relativen Bezugskennzahlen von Ressourcenproduktivitäten. Es fehlt die Erkenntnis, dass es politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Innovationen bedarf, damit technologische Verbesserungen überhaupt wirksam werden können.

Wichtige Maßnahmen einer Ressourceneffizienzstrategie zur Erzielung absoluter Reduktionen müssten verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten, verbesserte Rückgabemöglichkeiten und finanzielle Anreize für eine verbesserte Sammlung, die Einführung des Top-Runner-Ansatzes sowie eine Förderabgabe auf heimische Rohstoffe sein. Doch anstatt diese wichtigen Maßnahmen zu fördern, handelt es sich bei ProgRess um ein Sammelsurium von intransparenten Programmen und Maßnahmen, welche jedoch an den wichtigen Problemen häufig vorbeigehen. Weiter ist zu kritisieren, dass die Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen völlig intransparent ist, da sie aus dem Haushalt erfolgt und somit keine besonderen Mittel ausgewiesen sind. Die Probleme werden also in ProgRess benannt, aber es fehlt ein schlüssiges Konzept, wie diesen begegnet werden soll.

Insbesondere bei der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft sind zusätzliche Schritte möglich und erforderlich. Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz bleibt deutlich hinter den auch im ProgRes thematisierten Anforderungen zurück. So wurde es versäumt, qualitativ höhere Anforderungen für eine vermehrte Sammlung und Weiterverwendung von Rohstoffen aus dem Hausmüll festzulegen. Die Müllverbrennung wird europarechtswidrig begünstigt. Wertvolle Rohstoffe können auch weiterhin achtlos verbrannt werden, anstatt sie konsequent fachgerecht zu recyceln. Die abfallwirtschaftliche Produktverantwortung ist auch von der Bundesregierung im ProgRes zu Recht als ein zentrales Instrument zur Erhöhung der Materialeffizienz durch die Abfallwirtschaft identifiziert worden. Die bestehenden Vorgaben müssen jetzt konkretisiert und die Nichteinhaltung durchgängig sanktioniert werden.

Bei Elektro- und Elektronikgeräten, die viele wichtige Rohstoffe enthalten, sind bei der Umsetzung der Produktverantwortung neue Anstrengungen nötig, um die Langlebigkeit, Wiederverwendung und Reparaturfähigkeit zu verbessern. So muss es verhindert werden, gezielt die Lebensdauer eines Produkts zu beschränken (sog. geplante Obsoleszenz). Eine Option dafür ist z. B. die Verlängerung der gesetzlichen Gewährleistungszeiten inklusive der Beweislastumkehr. Auch die um sich greifende Praxis, in Elektronikgeräten Batterien und Akkumulatoren fest einzubauen, so dass sie von Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht mehr ausgewechselt werden können, sowie die Nichtverfügbarkeit von Ersatzteilen, muss künftig verhindert werden, da sie der Zielsetzung eines sparsamen Umgangs mit Rohstoffen und den Zielsetzungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zuwider läuft. Daneben gilt es die Sammelquoten deutlich zu verbessern, z. B. durch finanzielle Anreize wie Pfand- oder Leasingsysteme, etwa für Mobiltelefone. In den letzten Jahren wurden laut Daten des „stiftung elektro-altgeräte register“ (ear) mengenmäßig nur 40 bis 46 Prozent der jährlich zugelassenen Elektrogeräte nach Ende der Nutzung wieder gesammelt.

Nachhaltige Rohstoffstrategie – Deutschland zum Weltmarktführer für Recycling- und Effizienztechnologien machen

Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, dass eine reine Außenhandels- und Rohstoffbeschaffungsstrategie nicht erfolgreich sein kann. Nicht nur lässt sie entwicklungs- und umweltpolitische und menschenrechtliche Aspekte außer Acht, ignoriert die Konsequenzen des Rohstoffabbaus und -handels für Mensch und Natur in rohstoffreichen Entwicklungsländer und schürt die weltweiten Verteilungskonflikte. Sie ignoriert auch das gewaltige Innovationspotential für unsere Wirtschaft, das sich mit Recycling, Ressourceneffizienz und Substitution verbindet.

Effizienz und Recycling als Rohstoffgewinnungsstrategie

Mit einem klaren wirtschaftspolitischen Fokus auf Innovationen im Bereich Recycling, Einsparung und Substitution von Rohstoffen können wir unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren, in dem wir knappe Rohstoffe weniger verwenden, wieder verwenden und durch günstigere und umweltschonendere Rohstoffe ersetzen. Zugleich können wir so Schlüsseltechnologien entwickeln, die uns zum weltweiten Leitmarkt für einen effizienten Rohstoffeinsatz werden lassen.

Rohstoffeffizienz: Die Potenziale einer Effizienzstrategie sind riesig und bei Weitem nicht ausgeschöpft. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette können Unternehmen ansetzen, um den Rohstoffeinsatz zu optimieren. Rohstoffeinsparungen können auf vielen Wegen realisiert werden: von Innovationen im Produktionsverfahren oder am Produktdesign über die Verlängerung der Produktlebensdauer bis hin zu einer verbesserten Effizienz in der Nutzungsphase und ein verstärktes Recycling. Experten schätzen, dass eine 20-prozentige Steige-

rung der Materialeffizienz Betrieben des produzierenden Gewerbes in Deutschland möglich ist, was einem Einsparpotential von 100 Mrd. Euro entsprechen würde – durch effizienteren Einsatz von Materialien und effizientere Prozesse. Voraussetzung, um dieses Potenzial zu heben, sind umfassende Angebote für externe oder innerbetrieblich ausgestaltete Beratung sowie messbare und transparente Effizienzziele und aussagekräftige Indikatoren, die auch den ökologischen Rucksack der Produkte berücksichtigen. Die Entwicklung solcher Indikatoren sollte die Bundesregierung schwerpunktmäßig vorantreiben und zügig zu einem praxistauglichen Stand bringen.

Der Effizienzgedanke muss stärker in die Gestaltung und Normung neuer Produkte und Prozesse einbezogen werden. Dazu gehört auch, dass künftig die Frage der Wiederverwertbarkeit der einzelnen Komponenten eines elektronischen Geräts ganz am Anfang der Produktentwicklung stehen muss. Die Ökodesign-Richtlinie sollte um dynamische Effizienzstandards (Top-Runner) ergänzt werden. Grundlage hierfür sind bessere Daten zur Ressourceneffizienz über den gesamten Lebenszyklus hinweg sowie einheitliche Standards für die Messung der Ressourceneffizienz. Die verstärkte Nutzung vorhandener Systeme wie des EU-Öko-Audits EMAS kann relevante Effizienzbeiträge liefern. Die vorhandenen Initiativen und Ansätze gilt es, besser miteinander zu vernetzen.

Zukünftiges Ziel von Effizienzstrategien muss die absolute Senkung von Ressourcenverbräuchen sein. Damit technologische Verbesserungen in diesem Sinne wirksam werden können, bedarf es neben wirtschaftlicher auch sozialer und kultureller Innovationen, die politisch ermöglicht werden müssen.

Recycling: Deutschland als rohstoffarmes Land muss die im Abfall enthaltenen Wertstoffe bestmöglich nutzen. Abfälle sind riesige Rohstofflager, die erschlossen werden müssen, so auch die aktuelle Studie der United Nations Environment Program zum Resource Panel. In Europa wird beispielsweise derzeit lediglich 40 Prozent des Elektronikschrotts recycelt, der Rest landet oftmals in der Verbrennung oder wird – häufig illegal – in Entwicklungsländer verschifft. Obwohl Europa zu den weltgrößten Konsumenten Seltener Erden zählt, gibt es bisher so gut wie kein Recycling von Seltenen Erden. Zudem sind die Recyclingziele im derzeitigen Kreislaufwirtschaftsgesetz zu niedrig, um die Weiterverwendung von Produkten und Rohstoffen deutlich voranzubringen. Die Bundesregierung sollte das Ziel verfolgen, rasch mindestens 80 Prozent aller Siedlungsabfälle wiederzuverwerten, getrennt nach einzelnen Stofffraktionen im Abfall. Diese Quote wird auch von den Verbänden und Entsorgern als realistisch erachtet und führt zudem zu technischen Innovationen. Ihre verbindliche Festschreibung könnte den nötigen Druck erzeugen, um bereits das Produktdesign recyclinggerecht zu gestalten und damit eine effiziente und die Umweltbelastung reduzierende Wiederverwendung der Rohstoffe zu verwirklichen. Auch die Recyclingquote für Bau- und Abbruchabfälle ist derzeit deutlich zu niedrig.

Ein weiterer erfolgversprechender Weg zur effizienten Rohstoffnutzung ist neben der Ressourceneinsparung die Substitution, also der Ersatz eines Stoffes, der selten, schwer verfügbar oder ökologisch problematisch ist, durch einen anderen Stoff. Hier bedarf es Forschung u. a. über die Risiken von verschiedenen Ressourcennutzungen und ebenfalls einer Unterstützung der Innovationstätigkeit in kleinen und mittleren Unternehmen.

Instrumente: Die grüne Rohstoffstrategie beinhaltet einen breiten Maßnahmenmix, um Fortschritte bei Recycling, Substitution und Effizienz zu erzielen und Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu gehören die Weiterentwicklung der Ökodesign-Richtlinie, Normungspolitik und ordnungsrechtliche Vorgaben wie z. B. Änderungen im öffentlichem Vergabewesen, im Kreislaufwirtschaftsgesetz und im Elektro- und Elektronikgerätegesetz, rasche Einführung ei-

nes Wertstoffgesetzes oder einer Wertstoffverordnung zur Verbesserung der Sammlung und des Recyclings von Wertstoffen, der Abbau von Investitionshemmnissen, der Ausbau der betrieblichen Effizienzberatung sowie Forschungs- und Innovationsförderung. Zudem muss die Produktverantwortung weiterentwickelt werden, um Langlebigkeit und Recycling zu stärken. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will zudem die Zusammenarbeit von Unternehmen fördern. Dabei sollen die Abfälle und Nebenprodukte einiger Unternehmen als Ressource für andere Firmen nutzbar gemacht werden. Studien belegen, dass in der gesamten EU bis zu 1,4 Mrd. Euro im Jahr gespart und 1,6 Mrd. Euro generiert werden können. Diese Potenziale müssen ausgeschöpft werden.

Zentral für einen neuen, nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen ist auch die Nachfrageseite. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen haben ein hohes Interesse, verantwortungsvoll einzukaufen. Sie müssen mit besserer Information, verlässlichen Zertifikaten und Labels gestärkt werden, um die Nachfrage nach fair gehandelten, ressourceneffizienten und langlebigen Produkten zu fördern. Erforderlich ist darum u. a. die Ergänzung von Energieeffizienzlabels um das Kriterium der Rohstoffeffizienz.

Nicht nur Produkt-, sondern auch soziale Innovationen sind Grundlage für den Wandel zu nachhaltigem Wirtschaften. Produkt-Service-Konzepte nach dem Muster „Nutzen statt Besitzen“ sind ein vielversprechendes Beispiel, wie zum Beispiel auch der wachsende Markt des Car Sharings zeigt. Er kann dazu beitragen, die mit Effizienzsteigerungen einhergehenden Reboundeffekte zu mindern, fördert eine nachhaltige Mobilität und ist ein Schritt in Richtung eines nachhaltigeren Lebensstils. Unternehmensinnovationen im Sinne von „Reduce, Repair and Reuse“ sollen durch neue Marketingkonzepte, die im Vorfeld schon Kundenmeinungen berücksichtigen, gestärkt werden. Solche Konzepte gilt es zu fördern und auszubauen.

Mit Blick auf den Rohstoffabbau in Deutschland ist das antiquierte deutsche Bergrecht zu reformieren. Dies wurde auch vom Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten 2012 gefordert. Kaum ein Projekt ohne tiefgreifende Konflikte, für deren Lösung das seit über 30 Jahren nicht mehr entscheidend geänderte Bergrecht mit in großen Teilen noch älteren Rechtsgrundsätzen, die ausschließlich auf die Rohstoffgewinnung ausgerichtet sind, eher Hindernis als eine Hilfe ist. Moderne Bürgerbeteiligung, Transparenz, Interessenabwägung sind beinahe Fremdworte bei der Genehmigung von Bergbauvorhaben und deren Umsetzung. Die Zahlung einer Förderabgabe muss vom Ausnahme- zum Regelfall werden. So sollen die negativen Umweltauswirkungen des Abbaus internalisiert und effiziente Strukturen angereizt werden.

Natürlich bleibt die deutsche Wirtschaft auch weiterhin auf den Zugang zu Rohstoffen aus dem Ausland und Primärbergbau angewiesen. Es gibt Grenzen der Wiederverwertung und Innovationen brauchen Zeit, bis sie Marktreife erreichen. Wir brauchen daher eine kluge Rohstoff-Diplomatie, die auf Gerechtigkeit und Fairness setzt, umwelt-, entwicklungs-, friedens- und demokratiepolitische Aspekte einbezieht und die legitimen Entwicklungsinteressen der Förderländer akzeptiert.

Die Steigerung der Ressourceneffizienz ist ein zentrales Anliegen einer ökologisch geprägten Rohstoffpolitik. Das Ressourceneffizienzprogramm ProgRess muss einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des Ziels der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie leisten, die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm ProgRess baldmöglichst um folgende verbindliche Ziele und Maßnahmen zu ergänzen:

1. Der inländische Rohstoffverbrauch pro Kopf (DMC) soll bis zum Jahr 2050 gegenüber 1994 halbiert werden. Für die Jahre 2020, 2030 und 2040 werden Zwischenziele festgeschrieben.
2. Für den Rohstoffverbrauch in Rohstoffäquivalenten (RMC), der die Rohstoffrucksäcke bei Importen und Exporten berücksichtigt, werden vergleichbare Ziele formuliert.
3. Diese Ziele werden durch eine Gruppe von Bereichszielen auf der Basis mit vertretbarem Aufwand erhebbarer, aussagekräftiger Indikatoren konkretisiert.
4. Um den Beitrag der Kreislaufwirtschaft zur Rohstoffversorgung zu quantifizieren, werden baldmöglichst Netto-Recyclingquoten erhoben. Auch für diese Beiträge werden quantitative Ziele beschlossen.
5. ProgRess soll im Rahmen der nächsten Überarbeitung auf die Ressourcen Energierohstoffe, Wasser, Boden, Fläche, Luft, biotische Rohstoffe und Biodiversität/Ökosystemdienstleistungen ausgeweitet werden;

die Rohstoffeffizienz zu steigern:

6. Nach japanischem Vorbild sollen im europäischen Binnenmarkt für elektronische Geräte dynamische Effizienzstandards (Top-Runner-Modell) eingeführt werden. Neben der Energieeffizienz sollen dabei auch Kriterien der Rohstoffeffizienz berücksichtigt werden. In Deutschland wird diese Entwicklung durch nationale Initiativen vorbereitet und unterstützt.
7. Die öffentliche Beschaffung soll ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und sich verstärkt an der Nutzung ressourceneffizienter Produkte und Dienstleistungen ausrichten. Lebenszykluskosten und Ressourcenverbrauch sollen – soweit ermittelbar – verpflichtendes Kriterium bei der öffentlichen Beschaffung werden. Die Arbeiten der Allianz für nachhaltige Beschaffung zur Einbeziehung von Ressourceneffizienz in die Leistungsbeschreibungen sollten von der Bundesregierung unterstützt und aufgegriffen werden.
8. In enger Zusammenarbeit mit den Ländern ist ein umfassendes Beratungsangebot für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs einzurichten. Hierbei soll auf die erfolgreiche Arbeit der vorhandenen Effizienz-Agenturen in den Ländern, wie z. B. der Effizienz-Agentur NRW, aufgebaut werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass in beratenen Unternehmen wirtschaftlich und ökologisch erhebliche Potentiale erschlossen werden können.
9. Das EU-Umweltmanagementsystem EMAS soll den deutschen Unternehmen verstärkt angeboten und für seine Einführung geworben werden. Die Bundesregierung sollte im Interesse der Glaubwürdigkeit und aufgrund der erzielbaren positiven Effekte EMAS nicht nur bei wenigen „Piloten“, sondern in allen Ressorts und Behörden der Bundesregierung einführen.
10. In Deutschland soll auf Bundesebene eine verbindliche Förderabgabe von mindestens 10 Prozent des Marktwertes auf alle Rohstoffe eingeführt werden, um bei der Rohstoffgewinnung im eigenen Land Anreize zu einem effizienteren Umgang zu setzen. Die Mittel sind aufkommensneutral für die Steigerung der Ressourceneffizienz einzusetzen, schwerpunktmäßig für Forschung, Entwicklung und Markteinführung von Innovationen zur Steigerung der Effizienz der extraktiven Industrien und zur Verminderung der von ihr erzeugten Umweltbelastungen sowie zur Substitution.

11. Das antiquierte deutsche Bergrecht soll umfassend reformiert werden. Die Interessen Privater und wesentliche ökologische Aspekte werden im Bundesberggesetz nach wie vor nicht ausreichend berücksichtigt;

Rohstoffrecycling und Produktverantwortung weiterzuentwickeln:

12. Das Ziel geschlossener Stoffkreisläufe ist konsequent zu verfolgen. Zur Förderung einer tatsächlichen Kreislaufwirtschaft von Rohstoffen sollen das Kreislaufwirtschaftsgesetz weiterentwickelt und das Elektro- und Elektronikgerätegesetz rasch überarbeitet werden.
13. Das von der Bundesregierung seit langem angekündigte Wertstoffgesetz oder eine Wertstoffverordnung ist unverzüglich vorzulegen: Die Hersteller von Produkten sollen stärker dafür verantwortlich gemacht werden, dass ihre Produkte langlebiger sind – z. B. durch längere Garantie- und Gewährleistungszeiten – und am Ende der Lebenszeit auch wiederverwertet oder repariert werden können. Bestehende institutionalisierte Rücknahme- und Verwertungspflichten (z. B. für Altfahrzeuge) sollen ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden.
14. Für elektronische Geräte wie z. B. Mobiltelefone und Smartphones ist gemeinsam mit Handel und Industrie ein zielführendes und effizientes Pfandsystem zu entwickeln und einzuführen. Dieses soll Pilotcharakter für die Erreichung des Ziels deutlich höherer Rücklaufquoten für alle Elektronikgeräte haben. Wo freiwillige Anreize nicht ausreichen, müssen diese durch ein innovatives Ordnungsrecht ergänzt werden;

Forschung und Entwicklung bis zur Marktreife zu fördern:

15. Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution sollten als Querschnittsanliegen in bestehenden Förderprogrammen implementiert werden. Dabei sollten die Programmmittel insbesondere verstärkt auf Verbundprojekte von Wissenschaft und Wirtschaft und auf interdisziplinäres Forschen (z. B. zur Verknüpfung von Werkstofftechnologien und Nachhaltigkeitsaspekten) konzentriert werden. Die Fördermaßnahmen der verschiedenen Ressorts und Behörden der Bundesregierung und der von ihr unterstützten Institutionen sind so zu koordinieren, dass Innovations- und Markteinführungsprogramme entstehen.
16. Die existierenden FuE-Förderprogramme (FuE = Forschung und Entwicklung) sollten anhand umfassender, zwischen den Ressorts der Bundesregierung abgestimmter Kriterien evaluiert werden.
17. Die Bundesregierung soll veranlassen, dass die verschiedenen Forschungs- und Förderprogramme der Bundesministerien ressortübergreifend auf Lücken und Überschneidungen im Bereich von Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution untersucht werden. Auf Basis der Evaluation und der Empfehlungen sollten wo nötig entsprechende Umstrukturierungen in der Forschungspolitik vorgenommen werden.
18. Im Austausch mit den Bundesländern und den Hochschulen soll der Bund sich dafür einsetzen, dass Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution viel stärker in die Hochschulausbildung integriert werden. Um diesen Prozess zu beschleunigen, sollte eine „Virtuelle Ressourcen-Hochschule“ etabliert oder eine entsprechende Länderinitiative vom Bund unterstützt werden, die die vorhandenen Initiativen weiterentwickelt und ihre Verbreitung, auch durch Hochschulkooperationen, voranbringt.

19. Die Forschung und Innovation für den Bereich Substitution/alternative Werkstoffe (ohne Erdöl)/Flexibilität bei der Auswahl einzusetzender Rohstoffe und ihre Vernetzung sollen gestärkt und konzeptionell intensiv in die Arbeiten zur Steigerung der Ressourceneffizienz einbezogen werden.
20. Die Forschung zum Themenkomplex Reboundeffekte und die damit verbundenen Lösungsstrategien technischer und sozialer Innovationen soll intensiviert und verstärkt auf Instrumentenvorschläge zur Kontrolle dieser Effekte ausgerichtet werden;

eine international gerechte Rohstoffpolitik zu verwirklichen und globale Governance-Strukturen aufbauen:

21. Die Bundesregierung muss von ihrem bisherigen Konzept bilateraler Rohstoffpartnerschaften abrücken. Die Rohstoffpartnerschaften müssen in eine europäische Gesamtstrategie für Rohstoffkooperationen und die entsprechenden Initiativen der Kommission mit den jeweiligen Partnerländern eingebunden werden. Sie werden den Herausforderungen nur als faire Partnerschaften auf Augenhöhe und als Wirtschaftspartnerschaften gegenseitigen Nutzens gerecht. Im Mittelpunkt muss die nachhaltige Nutzung der Rohstoffquellen, die Steigerung der Wertschöpfung vor Ort und die Einbindung der örtlichen Zivilgesellschaft stehen. Die Vereinbarungen und ihre Umsetzungen müssen an soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards gebunden werden und das Recht auf freie, frühe und informierte Zustimmung (free, prior and informed consent) gewährleisten. Transparenz, Korruptionsvorsorge und Bekämpfung müssen wesentliche Bestandteile der Abkommen und ihrer Implementierung sein. Der Transfer von Know-how und Technologie muss als konzeptionelles Element in die Abkommen einbezogen werden. Im internationalen Warenverkehr soll eine verpflichtende Zertifizierung entwickelt werden. Angestrebt wird, aufbauend auf die Impulse aus dem Dodd-Frank-Act der USA, die Entwicklung eines Instrumentariums, mit dessen Hilfe ein Produkt klar erkennbar ist, das auf Basis von fairem Rohstoffabbau und -handel produziert wurde.
22. Die Bundesregierung sollte die erfolgsversprechenden Ansätze für Zertifizierung weiterverfolgen und verbessern, indem im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit entsprechende Begleitmaßnahmen (etwa in der Beratung im Sicherheits- und Justizsektor der Partnerländer) ausgebaut und durch Capacity Development die entsprechenden Behörden gestärkt werden.
23. Die Bundesregierung muss die auf EU-Ebene erzielte Einigung zu Transparenzregeln im Rohstoffsektor zügig national umsetzen. Die Bundesregierung soll sich in internationalen Gremien und im Austausch mit internationalen Partnerinnen und Partnern dafür einsetzen, dass die projektbasierte Offenlegung von Rohstoffzahlungen wie in Artikel 1504 des Dodd-Frank-Acts in den USA und der auf EU-Ebene beschlossenen Offenlegung von weiteren Staaten verabschiedet werden und dadurch zur Schaffung eines globalen Standards für Transparenz im Rohstoffsektor beizutragen. Die Bundesregierung soll sich auf EU-Ebene für die umfassende Umsetzung der Vorschläge des Europäischen Parlaments aus dem Bütikofer-Bericht (2012) zur EU-Rohstoffstrategie und dem Gebrandy-Bericht (2013) zum Fahrplan Ressourceneffizienz der Kommission einsetzen.
24. Der 2000 verabschiedete Tiefseebergbaukodex soll dringend weiterentwickelt, international verbindlich und national umgesetzt werden. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung muss international verbindlich werden und der Kodex muss vor dem Seegerichtshof einklagbar sein. Der Tiefseebergbau muss eine umfassende Erforschung der betroffenen Tiefseeökosysteme und der dort vorkommenden Arten voraussetzen. Zum besonderen Schutz der Arktis brauchen wir einen internationalen Arktis-Vertrag.

25. Da die Rohstoffindustrie häufiger als andere Industriezweige in Konflikte verstrickt ist, ist bei der Gestaltung der bilateralen und multilateralen Verträge über die Rohstoffnutzung darauf zu achten, dass soziale und politische Spannungen im Partnerland nicht verschärft oder im Extremfall gar Bürgerkriege direkt oder indirekt finanziert werden.
26. Die Bundesregierung muss extraterritoriale Staatenpflichten im Rohstoffsektor anerkennen und sich für die Einhaltung und Umsetzung der UN Guiding Principles on Business and Human Rights einsetzen. Die Entwicklung und Verankerung eines Sanktionsinstrumentariums bei Nichteinhaltung der Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen und der OECD-Leitlinien zur Sorgfaltspflicht in mineralischen Wertschöpfungsketten in Konfliktzonen soll vorangetrieben werden.
27. Durch begleitende und abgestimmte Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollen rohstoffreiche Entwicklungsländer strukturell gestärkt werden: Unterstützung beim Aufbau einer verantwortungsvollen Regierungsführung (Good Governance) und effektiver Steuersysteme, beim Aufbau von Kapazitäten vor Ort, beim Transfer von Wissen und Technologie etc.
28. Den bilateralen Rohstoffderivate-Handel möglichst vollständig auf geregelte Handelsplätze zu übertragen. Für Händler müssen strenge Berichtspflichten eingeführt werden.
29. Die Überwachung von Rohstoffderivaten sowie des Handels mit physischen Rohstoffen soll durch bestehende Finanzaufsichtsbehörden verstärkt durchgeführt werden. Zudem muss die Einrichtung einer Spezialbehörde für die Überwachung von Rohstoffderivaten sowie des Handels mit physischen Rohstoffen geprüft werden.
30. Die Bundesregierung soll freiwillige Maßnahmen wie EITI, Kimberley-Prozess etc. verstärkt unterstützen.
31. Durch Aufbau eines Internationalen Metall Forums (ähnlich dem Internationalen Energie Forum), welches Industrieländer, Schwellenländer und Entwicklungsländer zusammenbringt und internationale Kooperation im Rohstoffbereich fördert, soll die Kooperation der Zivilgesellschaft weiterentwickelt und genutzt werden.
32. Durch Ausbau der „International Metal Study Groups (Lead, Zinc, Nickel, Copper)“, um z. B. auch die angegliederten Hochtechnologierohstoffe zu beinhalten, ist die Forschungszusammenarbeit auszubauen.
33. International ist eine kontinuierliche zwischenstaatliche Zusammenarbeit zur Steigerung der Ressourceneffizienz erforderlich. Ein zentraler Baustein wäre der Aufbau einer Internationalen Sustainable Resource Agency (ISRA), welche den effizienten und nachhaltigen Abbau von Rohstoffen in allen Mitgliedstaaten durch Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer unterstützen sowie Ressourceneffizienz, Substitution und Recycling voranbringen würde.

Berlin, den 14. Mai 2013

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

